



NIEDERSACHSEN

VORWÄRTS

**WAHLKAMPAUFNAHME
IN HANNOVER
31. AUGUST 2009 (INFOS S. 2)**

AUGUST 2009 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

es gibt Dinge, für die sich ein Land schämen muss. Dazu zählt in Niedersachsen und anderswo, wie die Regierung mit Behinderten umgeht, vor allem mit behinderten Kindern. Die Regierung Wulff nimmt die guten Ansätze der sozialdemokratischen Vorgängerregierungen einfach nicht auf. Behinderte Kinder in Regelschulen? Fehlanzeige. Kein Wunder bei einer Regierung, die selbst Kinder ohne Behinderung nicht gemeinsam unterrichten will, sondern früh nach Haupt-, Realschule oder Gymnasium sortiert. Deutschland hat die Uno-Konvention über die Rechte von Behinderten unterzeichnet und sich verpflichtet, behinderte und nichtbehinderte Kinder von Anfang an gemeinsam zu unterrichten. Aber Bildung ist Ländersache. Die Landesregierung versteht unter Bildung und Erziehung etwas ganz anderes als die Uno und der größte Teil der Welt. Sie nimmt kalt in Kauf, dass Behinderte in Schulen und Kindergärten getrennt von Nichtbehinderten ins Leben starten. Damit zementiert sie die Nachteile – für beide Seiten. Wulff & Co. sollten sich schämen.

Euer
Garrelt Duin

Garrelt Duin
Landesvorsitzender

PATIENTENVERFÜGUNG MIT RECHTSSICHERHEIT

Bundestag stärkt das Selbstbestimmungsrecht und den Rechtsstaat

Von Joachim Stünker



Nicht nur für die Generation 60plus von Bedeutung: Das Recht auf die individuelle Patientenverfügung.

Foto: AWO

Am 18. Juni 2009 hat der Deutsche Bundestag den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechts, besser bekannt als „Stünker-Entwurf“, verabschiedet. Nach sechsjährigen intensiven Diskussionen über die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Patient vorab verbindlich festlegen kann, ob im Falle seiner späteren Einwilligungsunfähigkeit lebenserhaltende oder -verlängernde Maßnahmen durchgeführt werden, hat der Gesetzgeber dies nun endlich im Sinne einer am Patientenwillen orientierten Regelung entschieden. Der fraktionsübergreifende Gesetzesentwurf, der von Abgeordneten der SPD, FDP, Linken und Grünen getragen wird, erkennt dem Patienten unabhängig von Art und Stadium seiner Krankheit das Recht zu, über Einleitung und Abbruch ärztlicher Maßnahmen selbst zu entscheiden.

Nach dem Entwurf haben Betreuer und Arzt zunächst zu prüfen, ob der Patient in der Patientenverfügung

Festlegungen gerade für die Lebens- und Behandlungssituation getroffen hat, über die nun zu entscheiden ist. Ist dies nach deren übereinstimmender Einschätzung der Fall, gilt die Patientenverfügung unmittelbar. Aufgabe des Betreuers ist es dann, den Festlegungen Geltung zu verschaffen. Beurteilen Betreuer und Arzt die Situation unterschiedlich, so ist das Betreuungsgericht einzuschalten. Eine gerichtliche Überprüfung kann von jedermann angeregt werden, der befürchtet, dass die Entscheidung nicht im Sinne des Betroffenen erfolgt.

Eine Patientenverfügung kann vom Verfasser jederzeit formlos widerrufen werden. Eine vorherige Beratung und eine in Abständen erfolgende Aktualisierung wird empfohlen, ist jedoch keine Wirksamkeitsvoraussetzung.

Ich habe mich viele Jahre für eine gesetzliche Regelung der Patientenverfügung eingesetzt und bin erleichtert,

Fortsetzung auf Seite 2

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag.

Folge 2 (S. IV)

» Krümmel darf nicht wieder ans Netz gehen. «

Monika Griefahn (S. VI)

Jetzt wieder im
Niedersachsen-vorwärts:
»TiL-Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Joachim Stünker, Mitglied im Fraktionsvorstand und Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Fortsetzung von Seite 1

dass das Parlament diese Entscheidung jetzt getroffen hat. Dass dabei der vom Bundesministerium der Justiz, mir und vielen Kolleginnen und Kollegen aus vier Fraktionen des Bundestages initiierte Entwurf eine absolute Mehrheit erreicht hat, freut mich besonders.

Wir haben jetzt sowohl für die Patienten als auch die Ärzte Rechtssicher-

heit geschaffen. Eine gute Entscheidung für das Selbstbestimmungsrecht und den Rechtsstaat. Das Gesetz soll am 1. September 2009 in Kraft treten. ■

Joachim Stünker ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis 35, Osterholz/Verden
Kontakt: www.stuenker.de

**BUNDESTAGS-
WAHLKAMPFAUFTAKT
2009**
mit der gesamten Parteispitze
31. AUGUST, 17.00 UHR
OPERNPLATZ HANNOVER

VERTRAUEN FÜR DEN KINDERSCHUTZ

SPD steht für Förderung, Beratung und Unterstützung von Familien, die Union für Kontrolle und Druck.

Von Caren Marks



Caren Marks ist familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Der Deutsche Bundestag im Sommer 2009: ein Gesetzentwurf des Bundesfamilienministeriums soll Kinder besser schützen, fällt aber in der öffentlichen Ausschussanhörung und in Stellungnahmen durch. Eine Zeitung titelt »Von der Leyens Scheitern – Kinderschadensgesetz«.

Doch warum wäre das Gesetz schädlich gewesen und warum begrüßen viele, dass es nicht kommt? Frau von der Leyen hatte ein reines Eingriffsgesetz vorgelegt – es stellte einseitig auf verstärkte Kontrollmaßnahmen und Übermittlungspflichten im Kinderschutz ab. Mehr Kontrolle und Druck – das ist das Kinderschutzkonzept à la CDU und CSU.

Für einen guten Kinderschutz ist Vertrauen zu den Familien eine wichtige Voraussetzung, damit sie Hilfeangebote wahrnehmen. Mehr Kontrolle und Druck können dazu führen, dass sich Familien abschotten und Unterstützung und Hilfe bei den Kindern nicht mehr ankommen.

Jugendämter sind auch schon heute verpflichtet, jedem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung nachzugehen. Die Zah-

len der Inobhutnahmen und Sorgerechtsentzüge sind erheblich gestiegen, die Meldungen an Jugendämter haben zugenommen. Ein reines Eingriffsgesetz wäre auch vor diesem Hintergrund falsch gewesen. Das Gesetz hatte noch weitere Mängel: Präventive Ansätze fehlten völlig und einzelne Regelungen waren verwirrend und wenig durchdacht. Doch die Bundesfamilienministerin und ihre Fraktion haben die Kritik am Gesetzentwurf lange Zeit einfach ignoriert.

Die SPD sagt klar: Ein wirksamer Kinderschutz sieht anders aus! Der Kinderschutz vor Ort braucht ausreichendes Per-

Kinderschutz muss so früh wie möglich ansetzen. Die Förderung, Beratung und Unterstützung von Familien steht dabei im Vordergrund. Aufsuchende Familienhilfen, Elternkurse oder Erstbesuche rund um die Geburt – solche guten Angebote müssen ausgebaut und verstetigt werden.

Die SPD fordert seit langem ein Präventionsgesetz, mit dem benachteiligte Familien und ihre Kinder besser erreicht werden können. Prävention und Gesundheitsförderung müssen stärker in den Lebenswelten der Familien – zum Beispiel im Kindergarten, in der Schule, im



Wirksamer Kinderschutz unterstützt Kinder und bringt sie vorwärts.

sonal und materielle Ressourcen sowie verlässliche Netzwerke verschiedener Akteure, beispielsweise der Kinder- und Jugendhilfe und des Gesundheitswesens. Gesetzliche Regelungen müssen die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe unterstützen, sie dürfen sie nicht behindern.

Wohnviertel oder im Betrieb – ansetzen. Das Gesetz, das Länder und Fachleute seit langem einfordern, hat die CDU/CSU-Fraktion allerdings blockiert. Die Union hat es eben noch nicht begriffen: Ein wirksamer Kinderschutz sieht anders aus. ■

» Kinderschutz lebt vom Vertrauen in die Familien. «

Caren Marks

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher
Anschrift: Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

DAS ENDE DER LEGENDE

In der Finanzpolitik wird Christian Wulff von der Realität eingeholt.

Von Heinrich Aller



Feudaler Palast für fatale Politik: Das Niedersächsische Finanzministerium in Hannover. Foto: Lopo

Es hätte doch so schön werden können: Seit der Landtagswahl 2003 präsentieren sich Ministerpräsident Christian Wulff und seine CDU/FDP-Landesregierung als scheinbar seriöse Haushaltssanierer. Die SPD sollte dauerhaft in die Ecke gestellt werden – die Sozis könnten nicht mit Geld umgehen. Jetzt hat Wulff ein Problem: Die Legende vom Sanierer Wulff findet ihr jähes Ende. Seine Landesregierung verantwortet nicht nur eine fatale Haushalts- und Finanzpolitik. CDU und FDP werden auch zu den größten Schuldenmachern der Landesgeschichte. Die Finanz- und Wirtschaftskrise schlägt auf den Landeshaushalt durch. Bewiesen ist, wie eng Wirtschafts- und Haushaltslage zusammenhängen – ähnlich wie in 2001/2002.

Und so begann die Geschichte: Nach der Regierungsübernahme nutzte Wulff die Gunst der Stunde, um gleich »drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen« – unsoziale Kürzungen zügig durchsetzen, die SPD ins schlechte Licht rücken und CDU und FDP als Haushaltssanierer profilieren. Die Zeche hatten maßgeblich jene zu zahlen, die sich kaum wehren konnten: Kürzungen bei den Beamten, im Kommunalen Finanzausgleich und obendrein die eiskalte Streichung des Blindengeldes.

Neben den Kürzungen betrieb Wulff konsequent Haushaltskosmetik. Nach und nach wurden Tafelsilber des Landes verkauft und Schattenhaushalte gebildet. Das Ziel hatten die Strategen in der Staatskanzlei schon zu Beginn ausgegeben: Nettokreditaufnahme bei Null im

Jahr 2010. Stur hielt Wulff am Ziel fest, auf dem Weg dahin jährlich die Nettokreditaufnahme um 350 Millionen Euro zu senken. Die Risiken und Nebenwirkungen entstanden an anderer Stelle: Geringe Investitionen und gewaltiger Sanierungsstau.

Für das Festhalten an der Legende, die Nettokreditaufnahme im Haushalt kontinuierlich abzusenken, hat die Landesregierung einen hohen Preis gezahlt. Landesvermögen im Wert von 2,1 Milliarden Euro wurde verkauft. Ergebnis: Einmaleffekte ohne nachhaltige Wirkung. Weitere 2,4 Milliarden Euro wurden in Schattenhaushalte ausgebucht. Ein Großteil dieser ausgelagerten Schulden findet sich bei der landeseigenen Beteiligungsgesellschaft wieder.

Vor der Landtagswahl 2008 trieb Wulff das faule Spiel auf die Spitze: Er präsentierte langfristige Planungen bis 2020 mit Zahlen aus dem Reich der Fantasie. So erklärte er den Journalisten ein Modell, das von ewig steigenden Steuereinnahmen ausging. Schon im Jahr 2009 sieht die Welt ganz anders aus: Nach der Kabinettsklausur kam Wulff in der Wirklichkeit an. Seine Regierung wird 2009 und 2010 jeweils 2,3 Milliarden Euro neue Schulden machen. Das ist mehr als die SPD-Regierung in den schwierigen Haushaltsjahren vor dem Wechsel aufnehmen musste. Damals galt es, die Einnahmeausfälle durch die Steuerreform und die Folgen von Konjunkturerinbruch, BEB-Urteil und Expo-Defizit kurzfristig zu bewältigen.

Die Wahrheit ist: Wulff verantwortet seit 2003 rund 12,3 Milliarden Euro neue Schulden. Rechnet man die geplanten 2,3 Milliarden Euro für 2010 hinzu, sind es gar 14,6 Milliarden Euro. Unbestritten ist, dass die Kreditaufnahme in den letzten Jahren deutlich gesenkt werden konnte. Wulff verschweigt aber, dass dies nur aufgrund der überaus günstigen Einnahmeentwicklung möglich war – diese stieg im gleichen Zeitraum um rund 14 Milliarden Euro.

Die Schuldenuhr der CDU richtet sich jetzt gegen die eigene Regierung. Sie tickt wieder deutlich schneller. Die Legende von den seriösen Sanierern von CDU und FDP ist zu Ende.

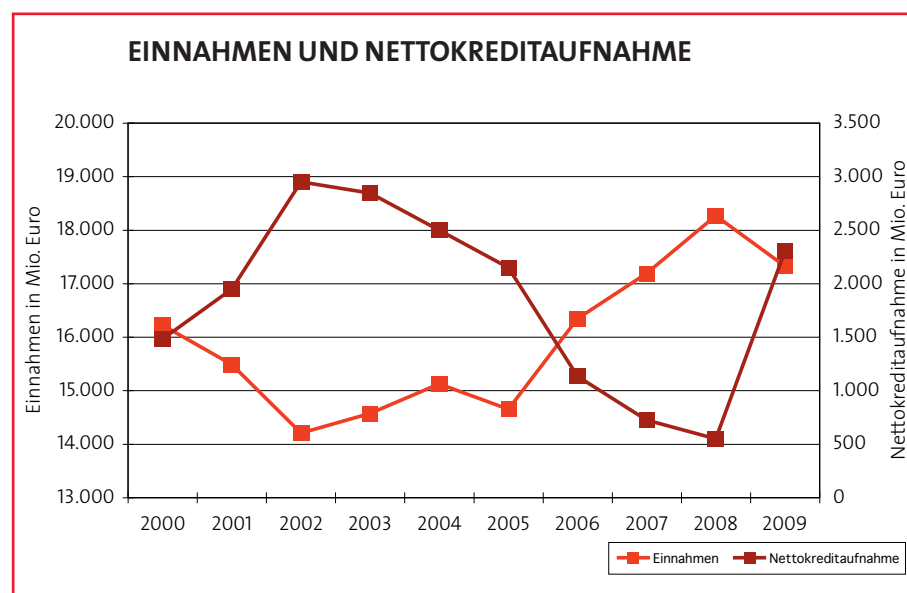
Wir Sozialdemokraten stehen für eine kluge Konsolidierungspolitik. Auf dem Weg aus der Krise brauchen wir einen intelligenten Mix aus Sparen und Investitionen in die Zukunft. Grundlage dafür ist: Klarheit und Wahrheit im Landeshaushalt. ■



Heinrich Aller, Landtagsabgeordneter aus Seelze. Von 1998 bis 2003 Niedersächsischer Finanzminister

» Wir brauchen einen intelligenten Mix aus Sparen und Investitionen in die Zukunft «

Heinrich Aller



UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN FÜR DEN BUNDESTAG

In der letzten, dieser und der folgenden Ausgabe des Niedersachsen-vorwärts stellen wir unsere Bundestagskandidatinnen und -kandidaten aus den Wahlkreisen (WK) vor.



WK 28 | Oldenburg/Ammerland
Gesine Mulhaupt
 Huntestraße 23
 26135 Oldenburg
 Telefon 0441.35047670
 gesine.mulhaupt@wk.bundestag.de
 www.gesine-mulhaupt.de



WK 32 | Mittelelms
Dieter Steinecke
 Hardinger Weg 24
 49843 Uelsen
 Telefon 05942.1744
 dieter.steinecke@bundestag.de
 www.dieter-steinecke.de



WK 37 | Harburg
Monika Griefahn
 Bürgerbüro
 Brauhofstraße 1
 21423 Winsen (Luhe)
 Telefon 04171.780171
 monika.griefahn@wk.bundestag.de
 www.monika-griefahn.de



WK 34 | Diepholz/Nienburg 1
Rolf Kramer
 Friedrichstraße 24, 49356 Diepholz
 Telefon 030-227 73659 und 05441.6645 (priv.)
 rolf.kramer@bundestag.de
 rolf.kramer@t-online.de
 www.rolfkramer-bundestag.de



WK 51 | Braunschweig
Dr. Carola Reimann
 Schloßstraße 8
 38100 Braunschweig
 Telefon 0531.4809822
 carola.reimann@bundestag.de
 www.carola-reimann.de



WK 35 | Osterholz-Verden
Joachim Stünker
 Moorweg 22
 27299 Langwedel
 Telefon 04232.8027, Fax 04232.8042
 joachim.stuenker@bundestag.de
 www.stuenker.de



WK 41 | Nienburg II/Schaumburg
Sebastian Edathy
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon 030.22775754
 Fax 030.22776530
 edathy@edathy.de
 sebastian.edathy@bundestag.de
 www.edathy.de



WK 33 | Cloppenburg/Vechta
Gabriele Groneberg
 Sevelter Straße 133
 49661 Cloppenburg
 Telefon 04471.4519
 Telefon 030.227 73470
 gabriele.groneberg@bundestag.de
 gabriele.groneberg@wk.bundestag.de



WK 40 | Stadt Osnabrück
Dr. Martin Schwanholz
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Telefon 030.22770077
 martin.schwanholz@bundestag.de
 www.martin-schwanholz.de

FAIRE REGELN FÜR PRAKTIKA

Die »Generation Praktikum« muss vor Missbrauch geschützt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Petition der DGB-Jugend.

Von Gabriele Lösekrug-Möller

Praktika können spannend und aufschlussreich sein. Oft sind sie fester Bestandteil eines Studienganges. Das ist gut so. Die SPD-Bundestagsfraktion hält jedoch Schutzmaßnahmen für jene Praktika für erforderlich, die nach einem Hochschul- oder Ausbildungsabschluss stattfinden.

Denn wie sieht die Praxis aus? KafEEKoch- und Kopier-Praktika sind die harmlose Variante eines verfehlten Praktikums. In vielen Branchen und zahlreichen Unternehmen sind Scheinpraktika alltäglich. Praktikanten leisten »ganze Arbeit«, oft ohne Bezahlung, häufig genug auch ohne Sozialversicherung. Und das nicht selten bei einem »Praktikum« nach dem anderen.

Eine Studie im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums hat ergeben, dass jeder Fünfte der heute 18- bis 34-Jährigen nach Abschluss der Ausbildung Praktika absolviert. Die Hälfte aller »Berufseinstiegsverhältnisse« ist dabei nicht bezahlt und fast jedes zweite »Praktikum« ohne Ausbildungsanteil. Doch ein Praktikum ist ein Lern- und Übungsverhältnis, Arbeit darf nicht im Vordergrund stehen.

Damit muss Schluss sein. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Initiative der DGB-Jugend, die in einer großen Petition diesen Missbrauch kritisiert, aufgenommen und eine Initiative für faire Praktika gestartet.

Nicht mit übermäßigen Regeln Praktika verhindern, sondern zur guten Praxis beitragen ist das Ziel der SPD. Prakti-

kanten müssen in ihrer Position rechtlich gestärkt werden. Das ist die Aufgabe des Gesetzgebers. Unsere Forderungen: schriftliche Verträge bei allen Praktika und angemessene Vergütung. Die Durchsetzung des Vergütungsanspruches muss erleichtert werden und darf nicht durch Ausschlussfristen verkürzt werden. Wir wollen Kettenpraktikantenverhältnisse unterbinden.

Die Unionsparteien haben die Praktikanten in Stich gelassen. Mit Ihnen war bisher keine Einigung möglich, weder im Bundestag noch im Bundesrat. Auch zukünftig werden jungen Menschen nicht auf ihre Hilfe rechnen können. ■

»Was ist gute Arbeit?« Ausführliche Informationen unter: www.bmas.de.



Gabriele Lösekrug-Möller, Sprecherin der AG Petitionen der SPD-Bundestagsfraktion, ist Abgeordnete des Wahlkreises 47 Hameln-Pyrmont, Holzminden

PRIVAT? NEIN, DANKE!

SPD-Landtagsfraktion fordert Verbesserung der bestehenden Justizvollzugsanstalten

Von Marco Brunotte

Muss ein Schwarzfahrer wirklich eine Ersatzfreiheitsstrafe im Vollzug absitzen? Oder gibt es effektivere Strafen, wie zum Beispiel das Projekt »Schwitzen statt Sitzen«? Nicht immer ist Inhaftierung das bessere Mittel. Im Jahr 2009 kostet ein Hafttag in Niedersachsen 95,82 Euro. Strafvollzug ist nicht gerade billig. Deshalb müsste die Devise lauten: planvoller Einsatz der Ressourcen. Doch genau hier hat die Landesregierung den falschen Plan, setzt sie doch auf das ÖPP-Projekt Bremervörde, mit dem 300 zusätzliche Haftplätze privat finanziert werden sollen. Dabei stehen an anderer Stelle mehr als 1000 Haftplätze leer.

Das Beispiel der hessischen Anstalt Hünfeld sollte Warnung sein. Dort entstehen jährliche Mehrkosten von mehr als 500.000 Euro, obwohl die privaten Dienstleister ihren Mitarbeitern weniger zahlen und bei den sozialen Angeboten für Inhaftierte sparen.

Im Landeshaushalt stehen 270 Millionen Euro für Bremervörde zur Verfügung. Geld, das an anderer Stelle dringend benötigt wird. In den Justizvollzugsanstalten besteht ein enormer Sanierungsbedarf, um menschenwürdige Haftbedingungen herzustellen.



Symbol für alte Knastzeiten: Der frühere Zellen-trakt der Hannoverschen Polizei-Direktion.

Foto: Lopo

Die SPD-Landtagsfraktion lehnt das Projekt Bremervörde ab! Dringend erforderlich ist eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Krankenstände

von zum Teil mehr als 20 Tagen pro Mitarbeiter und dutzende Überstunden sind Realität und Indikatoren für unzumutbare Arbeitsbelastung und eine unzureichende Personalausstattung.

Das Niedersächsische Justizvollzugsgesetz muss sich den Anforderungen eines modernen Vollzugs anpassen. Dazu gehört besonders, dass die Stellung des offenen Vollzugs gestärkt wird. Inhaftierte brauchen die Möglichkeit, sich langsam an Freiheit zu gewöhnen und nur ein vernetztes Übergangsmangement sichert ein straffreies Leben.

Die Kommunen müssen endlich ausreichend Mittel für Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung haben, um aktive Präventionsarbeit bezahlen zu können. Und es muss über die Ursachen von Kriminalität geredet werden. Im März 2009 hat das DIW in einer Analyse zu 40 Jahren Strafrechtsreform festgestellt: »Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Wohlstand oder Einkommensverteilung können einen erheblichen Einfluss auf Ausmaß und Intensität von Kriminalität haben.« Deshalb muss für Sozialdemokraten gelten: Mehr Geld für Prävention und Bildung. Wir müssen die Ursachen bekämpfen und nicht die Symptome. ■



Marco Brunotte, Landtagsabgeordneter aus Langenhagen, ist Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Justizvollzug und Straffälligenhilfe

ATOMARE VATTENFALLE

Monika Griefahn: Krümmel darf nicht wieder ans Netz gehen.

» So fing es in Tschernobyl auch an. Es kann auch mal um Minuten gehen. «

Ulrich Mäde,
Oberbürgermeister
von Lüneburg

Das wird langsam zum Normalfall: Ein Störfall im AKW Krümmel und ein Störfall in der Kommunikationsabteilung des Strom-Multis Vattenfall. Aber an diesen »Normalfall« mögen sich die Menschen längs der Elbe nicht gewöhnen. Einmal mehr haben die Betreiber des atomaren Alt-Meilers die Verantwortlichen für eventuelle Notfälle nur per Pressemitteilung über den jüngsten Transformator-Ausfall unterrichtet.

»Das kann ja wohl nicht wahr sein«, empört sich Lüneburgs Landrat Manfred Nahrstedt und trifft damit den Nerv vieler Menschen, die sich im Lüneburger Kreishaus informieren wollen. Auf Einladung der Landtagsabgeordneten Andrea Schröder-Ehlers haben sich Mitte Juli Lüneburgs OB Ulrich Mäde, Landrat Manfred Nahrstedt, Hamburgs SPD-Fraktionschef Michael Neumann und die Bundestagsabgeordnete des betroffenen Wahlkreises, Monika Griefahn, zusammgefunden, um Erklärungen anzubieten. Eine lautet, zum Entsetzen der Anwesenden: die vorgeschriebenen Ablaufpläne für Störfälle sind so alt, dass moderne Kommunikationsmittel darin gar nicht vorgesehen sind.

Den Zustand der Kommunikation konnten die Menschen in der Elbmarsch 2007 erleben, als der Rauch des Feuers auf dem Reaktor-Gelände die einzige Informationsquelle war. Die Angst der Menschen war allgegenwärtig und Monika Griefahns Forderung trägt dem



Informierten über die regionale Sicht der neuesten Probleme im AKW Krümmel: (v.l.) Lüneburgs Landrat Manfred Nahrstedt, Lüneburgs Oberbürgermeister Ulrich Mäde, die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn und der Hamburger SPD-Fraktionschef Michael Neumann. Foto: lopo

Rechnung: Krümmel darf nicht wieder ans Netz gehen.

Vattenfall hat offenbar aus dem Transformator-Brand 2007 keine Konsequenzen gezogen. Die Konsequenz für den Landkreis Lüneburg: Seine Katastrophenschutzbehörden können nicht gefahrenangemessen reagieren. Lüneburgs Oberbürgermeister Ullrich Mäde bringt die Verärgerung auf den Punkt: »Wir wollen als Katastrophenschutzbehörde sofort über solche Vorkommnisse Bescheid wissen, auch wenn es zunächst keine akute

Gefahr gibt. So fing es in Tschernobyl auch an. Es kann auch mal um Minuten gehen«.

Vattenfall, so die einhellige Meinung der Versammlung, mangelt es an Zuverlässigkeit. Dem Konzern geht es einzig darum, Kohle zu machen, ohne Rücksicht auf die Sicherheit. Für Hamburgs SPD-Fraktionschef Michael Neumann lautet die Einschätzung daher bündig: »Bei der Konzernführung fehlt die charakterliche Eignung, um ein AKW zu betreiben«. Bleibt nur eine Konsequenz: Abschalten. ■ eb.

NETZWERK FRAUENZEITEN

Das Netzwerk FrauenZeiten besteht seit 1998. Gegründet wurde es in Berlin, vernetzt sind wir bundesweit, auch über das Internet (www.frauenzeiten.de). Zentrale Idee und gemeinsamer Nenner des Netzwerkes FrauenZeiten ist eine gerechte Gestaltung der Arbeitswelt, die Frauen und Männern auf allen Ebenen gleiche Chancen eröffnet.

Im Fokus der Diskussionen des Netzwerkes steht dabei seit Beginn die Frage der Arbeitszeitgestaltung, die eine wesentliche Rolle für eine gerechte Teilhabe am Erwerbsleben und an der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben spielt.

FrauenZeiten ist ein loses Netzwerk von Frauen aus Politik und Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden, das auch engagierten Männern offen steht und den Dialog sucht mit denen, die für die gleichen Ziele streiten. Im gegenseitigen Austausch von Erfahrungen,

Know How und wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie der gemeinsamen Diskussion um die richtigen Konzepte sehen wir einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einer besseren Balance zwischen Arbeit und Leben.

Das Netzwerk FrauenZeiten trifft sich ein bis zwei Mal pro Jahr und gestaltet den kontinuierlichen Diskussionsprozess per E-Mail. Das sorgt für Transparenz und macht die Teilhabe am Netzwerkprozess auch ohne regelmäßige Sitzungsteilnahme möglich.

FrauenZeiten mischt sich ein. Mit einem offenen Brief an Familienministerin Ursula von der Leyen und Arbeitsminister Olaf Scholz hat das Netzwerk den öffentlichen Diskurs um eine stärkere Verknüpfung von Frauen- und Familienpolitik mit der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eröffnet. ■

Weitere Informationen unter:

www.frauenzeiten.de

» Frauen und Männer brauchen eine bessere Balance zwischen Arbeit und Leben. «

SGK SCHULT SPD-NACHWUCHS

Bundes-SGK und SPD-Parteivorstand betreiben seit 2001 die überaus erfolgreiche Kommunal-Akademie. Seither haben gut 100 Parteimitglieder aus Niedersachsen diese Schulung erfolgreich absolviert. Das ist eine SPD-Erfolgsgeschichte.

Die nächsten Kurse starten

am 23.10.2009 und am 5.2.2010.

Bewerbungsschluss:

31.8. 2009 für Kurs 33

15.11.2009 für Kurs 34

Zugangsvoraussetzung: Mindestalter 20 Jahre und Abschluss einer Schulbildung oder Berufsausbildung.

Die vollständigen Ausschreibungsunterlagen sind abrufbar unter: <http://spdlink.de/kommunalakademie-2009>. Bewerbungen bitte über die SPD-Unterbezirke an die SPD-Bezirke richten..

VORWÄRTS KULTURGUT

DER POLITIK AUFS MAUL...

Sich Erhard Eppler als zornigen alten Mann vorzustellen, fällt ein bisschen schwer. Doch dessen Bedächtigkeit täuscht. Als Mitglied der AG 80plus kann Eppler richtig leise wütend werden. Zu erleben war dies Anfang Juli in Hannover anlässlich einer Buchvorstellung der besonderen Art. Erhard Eppler hat „Der Politik aufs Maul geschaut“ und mit diesen Worten ein »Kleines Wörterbuch zum öffentlichen Sprachgebrauch« betitelt. Das präsentierte er im Dialog mit den U40ern Lars Klingbeil und Kerstin Tack, zwei SPD-Bundestags-Kandidaten, denen der öffentliche Sprachgebrauch auch nicht fremd ist.

Gemeinsam mit Erhard Eppler pflegen Klingbeil und Tack ihren Ärger über die unentwegte Berieselung mit Sprache, regen sich auf über neoliberale Plattheiten und fragen sich, wie lange die Westerwelles der Republik ihre eigene Widerlegung überleben können. Überhaupt Westerwelle. Da kann Erhard Eppler

gepflegt sauer werden: »Wenn ich noch im Bundestag säße, dann käme der mit seinen Frechheiten nicht durch«. Was ist das auch für eine Unverfrorenheit zu behaupten, der Staat greife den Jüngeren in die Tasche. »Das tut nur ein Taschendieb«, so Eppler kategorisch. »Der Staat ist kein Taschendieb«.

Solche Sätze schaffen kein Vertrauen, weder in die Politik noch in die Politiker. Da gibt es zu viele Ja-Sager, so Lars Klingbeil und Kerstin Tack. Dabei ist Vertrauen ein menschliches Grundbedürfnis. Dieses wieder herzustellen ist für Politiker nicht einfach, wird ihnen doch vielfach jegliche Verlässlichkeit abgesprochen. Epplers Rat aus langer Erfahrung: »Es ist wichtig, wenn die Menschen wissen, was jemand mit Sicherheit nicht macht«.

Wie Politiker die Sprache missbrauchen, ist nachzulesen von A wie »artfremd« bis W wie »wertkonservativ« in Erhard Epplers kleinem Wörterbuch zum



öffentlichen Sprachgebrauch. Das ist eine Zumutung, die auf keinem Nachttisch fehlen sollte. ■ Lopo

Erhard Eppler, *Der Politik aufs Maul geschaut*, Verlag J.H.W. Dietz, Bonn, 2009, 191 S., 14,80 Euro

Wortwechsel zwischen Erhard Eppler, Kerstin Tack und Lars Klingbeil, moderiert vom Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Reichert (links)

Foto: Lopo

ANZEIGE

VORWÄRTS RÄTSEL

Als am Morgen des 17. August 1969 der Regen endlich aufhörte, trat der nachmalig berühmteste Landwirt des 20. Jahrhunderts ans Mikrofon und freute sich mit 500.000 jungen Menschen über den friedlichen Ablauf eines absoluten Chaos-Spektakels. Schlamm, Drogen, Überfüllung und mangelnde Organisation hätten eigentlich zum Scheitern des Festivals führen müssen, aber alle Hippie-Götter müssen wohl ein Einsehen gehabt haben und bescherten der aufmüpfigen Rock- und Pop-Welt einen Mythos, der bis heute ungebrochen ist. »Wer sich daran erinnert, ist mit Sicherheit nicht dabei gewesen«, soll David Crosby später gesagt haben. Er muss es wissen, denn er war mit seinen Kumpels Graham Nash, Neill Young und Steven Stills dabei. Die vier begeisterten die Massen mit Stills Trennungsballade »Judy Blue Eyes«, gewidmet jener Judy, die es nicht zum Festival geschafft hatte, die aber dennoch später die inoffizielle Festival-Hymne komponieren sollte: Judy Collins. Die andere Inoffizielle Hymne stammt von Canned Heat, beschreibt die Frustration von hunderten jungen Leute, die in den Staus stecken geblieben waren und heißt »Going up the Country«. Der Landstrich hieß Sullivan County, die kleine Ortschaft Bethel, und der Farmer hieß Max Yasgur. Wie heißt der Ort, wo sich eine halbe Million junge Menschen drei Tage lang versammelten, um »Love and Peace« zu zelebrieren, nach dem dieses Festival zum Mythos geworden ist? Zu gewinnen gibt es die ultimative Film-Dokumentation auf DVD. ■ *lopo*
 vorwärts, Odeonstraße 15/16
 30159 Hannover
 Der ADGB-Gründungsort aus dem Juli-Rätsel war Nürnberg. Die »Kleine Geschichte der Gewerkschaften« geht an Helmut Prossner aus Ottersberg



WAHLKAMPF-ROCK mit Peter Maffay

6. September 2009, 18.00 Uhr
 in der Eissporthalle Salzgitter

Drei Schwergewichte stellen sich am 6. September in der Eissporthalle Salzgitter dem kritischen Publikum: Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und als Heizer des Abends Peter Maffay. Auf Einladung von Sigmar Gabriel macht der Rock-Veteran Maffay, auf dessen Konto immerhin 40 Jahre Bühnenerfahrung und über 40 Millionen verkaufte Tonträger stehen, seine Aufwartung in der Stahl-Stadt. Bevor Maffay es so richtig krachen lässt, stehen zwei kurze zündende Reden von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel auf dem Programm.

Karten zum Einheitspreis von 15,00 Euro in allen SPD-Büros im Bezirk Braunschweig, im Internet unter www.inventim.de und unter 01805/570070

TERMINE

4. AUGUST 2009, NIENBURG
DEMOKRATIE – UNSER WICHTIGSTES EXPORTGUT
 Diskussion mit Professorin Gesine Schwan und Sebastian Edathy.
19.30 Uhr, Nienburger Kulturwerk e.V., Nienburg, Mindener Landstr. 20,

12. AUGUST 2009, HANNOVER
UNGEDULD TRIFFT POLITIK
Reicht technologischer Wandel zur Wahrung des sozialen Friedens aus?

Diskussionsveranstaltung der SPD-Ratsfraktion Hannover mit Professor Harald Welzer (Autor des Buches »Klimakriege«), Edelgard Bulmahn, Kerstin Tack und Hubertus Heil.

19.00 bis 21.00 Uhr, Eisfabrik, Hannover-Südstadt, Seilerstraße 15

29. AUGUST 2009, PEINE
WAHLKAMPFKUNDGEBUNG
 Der Kanzler-Kandidat der SPD, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, kommt nach Peine.
Marktplatz in Peine, 15.00 Uhr.
 Mit Live-Musik.

31. AUGUST 2009, HANNOVER
WAHLKAMPAUFTAKT
 Mit der gesamten Parteispitze.
Opernplatz, Hannover, 17.00 Uhr.

1. SEPTEMBER 2009, GIFHORN
WAHLKAMPFKUNDGEBUNG
 Mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering.
Gifhorner Marktplatz, 18.00 Uhr. Mit Live-Musik.

21. NOVEMBER 2009, HANNOVER
 Kommunalpolitischer Kongress des SPD-Landesverbandes.

vorwärts

PERSONALABTEILUNG

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe (SPD), ist am 6. Juli vom Bund Jüdischer Soldaten mit der Bernhard Weiß-Medaille ausgezeichnet worden. In ihrer Laudatio würdigte die Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, den Wehrbeauftragten als gewissenhaften Wächter und loyalen Ansprechpartner, der sich nicht scheut, »die Finger in die Wunde zu legen und Probleme wie rechtsextreme Bestrebungen deutlich anzusprechen«. Der Vorsitzende des Bundes Jüdischer Soldaten, Michael Berger, würdigte die Lebensleistung von Bernhard Weiß, der sich als Jude und hochdekorierter Offizier im Ersten Weltkrieg nicht nur als stellvertretender Polizeipräsident von Berlin im demokratischen Deutschland mutig dem aufkommenden Nationalsozialismus entgegengestellt hat.



ämpfer für Freiheit und

Reinhold Robbe dankt für die Bernhard Weiß-Medaille.

Foto: Anke Jacob/Bundestag